Neuerscheinungen versicherungswissenschaftlicher Bücher*

Andrea Uber

Online veröffentlicht: 7 April 2009
© Springer-Verlag 2009

Adelmann, Nina: Die Grenzen der Inhaltskontrolle Allgemeiner Versicherungsbedingungen, Entwurf einer Regelung für ein europäisches VVG, Schriftenreihe der Zeitschrift Versicherungsrecht (VersR), Band 41, Verlag Versicherungswirtschaft GmbH, Karlsruhe, 2008, XXXVI und 203 Seiten.

Im Rahmen der Überprüfung Allgemeiner Versicherungsbedingungen stellt die Inhaltskontrolle für den Versicherungsnehmer das zentrale Schutzinstrument dar. In den Mitgliedstaaten der Europäischen Union bestehen jedoch bis heute keine einheitlichen Gesetzesgrundlagen und Rechtsauffassungen. Die Versicherung als Rechtsprodukt ist stark von den Vorgaben der nationalen Vertragsrechtsordnungen geprägt. Nicht zuletzt deshalb ist es der Versicherungswirtschaft bisher auch nicht gelungen, ein in sämtlichen Staaten verwendbares, standardisiertes Vertragsformular einzuführen. Erst mit einer Vereinheitlichung der in den Mitgliedstaaten geübten Kontrollpraxis kann der europäische Versicherungsbinnenmarkt verwirklicht werden.

Gegenstand der vorliegenden Arbeit ist der Entwurf einer einheitlichen europäischen Regelung zur Inhaltskontrolle Allgemeiner Versicherungsbedingungen. In einem ersten Schritt werden die in Deutschland, England und Frankreich vertretenen Rechtsauffassungen untersucht. Die Untersuchung konzentriert sich dabei auf die in der Richtlinie 93/13/EG („Klauselrichtlinie“) vorgesehene Beschränkung der Inhaltskontrolle auf Verbraucherverträge, die Beschränkung auf nicht individuell ausgehandelte Klauseln, die Ausnahme deklaratorischer Klauseln sowie die Ausnahme des Haupt-

* Ausgewählt von Dr. Andrea Uber, bearbeitet von Inga Krebs.

gegenstands des Vertrags und der Angemessenheit des Preis-Leistungs-Verhältnisses aus der Inhaltskontrolle.

Anschließend wird eine europäische Regelung entworfen. Dem Art. 2: 304 der Principles of European Contract Law, der von der Projektgruppe „Restatement of European Insurance Contract Law“ kürzlich als Teil des Draft Common Frame of Reference of European Insurance Contract Law an die EU-Kommission abgeliefert wurde, liegt dieser Entwurf zugrunde.

Altenähr, Volker; Nguyen, Tristan; Romeike, Frank: Risikomanagement kompakt. Veröffentlichungen an den Berufsakademien Baden-Württemberg, Band 5, Verlag Versicherungswirtschaft GmbH, Karlsruhe, 2009, XII und 151 Seiten.

Insbesondere vor dem Hintergrund unsicherer Finanzmärkte können nur solche Versicherungsunternehmen ihren Unternehmenswert nachhaltig steigern, die frühzeitig auf neue gesetzliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen reagieren und dynamische Risikomanagement-Systeme verwenden. Das vorliegende Werk gibt einen praxisorientierten Überblick über das Risikomanagement in Versicherungsunternehmen und konzentriert sich primär auf kleine und mittelgroße Versicherer.

Ausgehend von einer überblickartigen Einführung, in der grundlegende Konzepte (Risikostrategie, Risikotragfähigkeit etc.) vorgestellt werden, beschäftigt sich Kapitel 2 mit den aktuellen regulatorischen Änderungen in der Folge von Solvency II und MaRisk (VA). Das dritte Kapitel konzentriert sich auf die ersten Prozessphasen des klassischen Risikomanagement-Regelkreises, d. h. die Identifikation, Bewertung und Aggregation von Risiken. Kapitel 4 skizziert die typische Risikolandkarte in Versicherungsunternehmen und untermauert die Ausführungen mit konkreten Beispielen aus der Praxis. Das fünfte Kapitel gibt einen Überblick über typische Risikomaße. Kapitel 6 skizziert den Ansatz einer Aktiv-Passiv-Steuerung in Versicherungsunternehmen. Kapitel 7 schließt den Regelkreis des Risikomanagementprozesses und konzentriert sich auf die aktive Risikosteuerung und -kontrolle. Ein Glossar im Anhang hilft bei der Einordnung von Begrifflichkeiten im Risikomanagement.

Berg, Stefan: Kreditderivate im deutschen Privatrecht, Frankfurter wirtschaftsrechtliche Studien, Band 89, Peter Lang GmbH, Internationaler Verlag der Wissenschaften, Frankfurt a. M., 2008, 434 Seiten.

Kreditderivate sind Instrumente, mit deren Hilfe Kreditrisiken isoliert und übertragen werden können. Kreditderivate dienen der Gestaltung des Kreditrisikos in vielerlei Formen, insbesondere der Absicherung des Kreditrisikos, aber auch der Investition in ein bestimmtes Kreditrisiko. Wegen der Flexibilität, die Kreditderivate dabei den Verwendern bieten, sind sie nicht nur, aber vor allem bei Banken sehr beliebt. Einer breiten Öffentlichkeit wurden sie in letzter Zeit im Zusammenhang mit der sogenannten Subprime-Krise bekannt. Gegenstand dieser Arbeit sind die Grundformen der Kredit-

derivate. Vorgestellt werden die einzelnen Grundtypen, ihre Wirkungsweise und ihre Verwendungsmöglichkeiten. Der Schwerpunkt liegt in der Einordnung dieser Grundformen in das deutsche Zivil-, Wertpapierhandels- und Insolvenzrecht, sowie in der Abgrenzung zum Versicherungsvertrag. Aus dem Inhalt: Kreditderivate als Instrumente der Gestaltung des Kreditrisikos, insbesondere der Übertragung – Darstellung der Grundformen, ihrer Wirkungsweise und Verwendungsmöglichkeiten – Einordnung der Grundformen in das deutsche Zivil-, Wertpapierhandels- und Insolvenzrecht – Abgrenzung zum Versicherungsvertrag.

Boetius, Jan: Die Systemveränderung der privaten Krankenversicherung (PKV) durch die Gesundheitsreform. Eine neue verfassungs- und europarechtliche Qualität, Vortrag, gehalten auf dem 26. Münsterischen Versicherungstag am 22. Nov. 2008, Münsteraner Reihe, Band 109, Verlag Versicherungswirtschaft GmbH, Karlsruhe, 2008, V und 61 Seiten.

Neben der Reform des VVG führt insbesondere das Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der Gesetzlichen Krankenversicherung für die PKV zu ganz erheblichen Veränderungen und neuen Problemen. Dabei treten die für die PKV relevanten Teile dieses Gesetzes am 1. Januar 2009 in Kraft. Beispielhaft für die gesetzliche Neuregelung stehen die Einführung eines einheitlichen Basistarifs und eine allgemeine Versicherungspflicht von bisher nicht krankenversicherten Personen in der PKV unter gleichzeitiger Einführung eines absoluten Kündigungsverbotes zugunsten der im Rahmen der Versicherungspflicht Versicherten. Zudem wird nun die Übertragung der Altersrückstellungen beim Versicherungswechsel gesetzlich geregelt. Die für die PKV relevanten Teile dieser tiefgreifenden Reform, gegen die zahlreiche private Krankenversicherer Anfang 2008 Verfassungsbeschwerde eingelegt haben, sind Thema des vorliegenden Bandes, der anlässlich des 26. Münsterischen Versicherungstages am 22. November 2008 erschienen ist.

Bostrom, Ann; French, Steven; Gottlieb, Sara: Risk assessment, modeling and decision support. Strategic directions, risk, governance and society, volume 14, Springer-Verlag GmbH, Berlin, 2008, XIV, 332 Seiten.

The papers in this volume integrate results from current research efforts in earthquake engineering with research from the larger risk assessment community. The authors include risk and hazard researchers from the major U.S. hazard and earthquake centers and some from abroad as well as programmers and analysts from leading insurance and risk assessment firms. The introductory chapter provides an historical overview of the rise of risk assessment in the U.S., with particular emphasis on the role of seismic risk assessment. Four key components of risk assessment and decision support software are analyzed in detail in the remaining papers: treatment of uncertainty, loss assessment, modeling of seismic mitigation strategies, and visualization of risk and uncertainty. The volume lays out a road map for future developments in risk modeling and decision support and positions earthquake engineering research within the family of risk analysis tools and techniques.

Buschbell, Hans; Hering, Manfred: Handbuch Rechtsschutzversicherung. 4., überarbeitete Auflage, Reihe AnwaltsPraxis, Deutscher Anwaltverlag & Institut der Anwaltschaft GmbH, Bonn, 2009, 794 Seiten.

Rechtsschutz-Mandate bedeuten für den Anwalt häufig zeitraubende Auseinandersetzungen mit den Rechtsschutzversicherungen über Deckungszusagen, Kostentragungspflichten und Vergütungsabrechnungen. Die ARB sind längst nicht mehr einheitlich, sondern enthalten zunehmend unternehmensspezifische Bedingungen. Wenn diese im Vorfeld nicht sorgfältig geprüft werden, kann sich daraus für den Anwalt zusätzlich ein potentielles Haftungsrisiko ergeben. Das vorliegende, aktuell in vierter Auflage erschienene Handbuch Rechtsschutzversicherung setzt genau hier an und bietet anstelle der üblichen Kommentierung der einzelnen ARB-Vorschriften eine themenbezogene Darstellung – bereits orientiert an den ARB 2008. Die Schwerpunkte liegen dabei auf den Themen versichertes Risiko, Risikoausschlüsse und Kostenübernahme, aber auch zu Obliegenheiten im Rechtsschutzfall oder zu Ausschlussklauseln liefern die Autoren alle relevanten Informationen, um eine praktische, mandatsbezogene Fallbearbeitung zu ermöglichen.

Weiterhin finden sich im Handbuch Ausführungen zu den neuen Musterbedingungen des GDV und den Auswirkungen der VVG-Reform auf die Rechtsschutzversicherung, insbesondere zum Wegfall des Alles-oder-nichts-Prinzips. Hinzu kommen Hinweise zu den Auskunfts-, Rechnungslegungs- und Erstattungsansprüchen der Rechtsschutzversicherung sowie den Meinungsverschiedenheiten zwischen Versicherungsnehmern und Rechtsschutzversicherung und weiterführende Informationen zum Institut des Ombudsmanns. Rechtsprechung und Literatur wurden bis Oktober 2008 eingearbeitet. Das Werk bietet dem mit rechtsschutzversicherten Mandaten befassten Anwalt zusätzlich eine Vielzahl praktischer Arbeitshilfen. Dazu zählen umfassende Checklisten für den Umgang des Rechtsanwalts mit dem Versicherer, Textmuster zur rationellen Rechtsschutzkorrespondenz, eine Synopse zu den ARB 2000/ARB 2008 sowie ein ausführlicher Anhang mit den Kontaktdaten von Rechtsschutzversicherern und Prozessfinanzierern.

Carius, Sandra: Projekt: Einheitssozialversicherung. Entstehung der einheitlichen Sozialversicherung in der SBZ/DDR von 1945 bis 1952 am Beispiel Thüringens, Wissenschaftlicher Verlag Berlin – Olaf Gaudig & Klaus-Peter Veit GbR, 2008, 328 Seiten.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ereignete sich eine der einschneidendsten Reformen in der Geschichte der deutschen Sozialpolitik: die Entstehung der Einheitssozialversicherung in der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone/DDR. Innerhalb weniger Jahre wurden Strukturen und Normen der traditionellen deutschen Sozialversicherung in eine neue Form gegossen, in der sie auf dem Gebiet der DDR in ihren Grundzügen bis zum Beitritt zur BRD fortbestand.

Aufbauend auf Archivmaterial, zeitgenössischen Publikationen und aktueller wissenschaftlicher Literatur zeichnet die Autorin die grundlegenden politischen und rechtli-

chen Weichenstellungen und deren regionale Auswirkungen in diesen entscheidenden Jahren am Beispiel des Landes Thüringen nach. Dabei wird anhand teils eindrucksvoller Beispiele – wie etwa des Sonderwegs der Betriebskrankenkasse der Firma Carl-Zeiss Jena – deutlich, dass der Prozess keineswegs linear, sondern von Beginn an höchst ambivalent und auch experimentell verlief.

Ciupke, Steffen: Wertpotenziale der Kreditversicherung. Ansätze der Risiko-steuerung durch Makroderivate, Karlsruher Reihe I, Beiträge zur Aktuarwissenschaft, Band 6, Verlag Versicherungswirtschaft GmbH, Karlsruhe, 2008, XVIII und 253 Seiten.

Seit Mitte der 1990er-Jahre hat die Verwendung von Kreditderivaten zum Transfer von Kreditrisiken ein rapides Wachstum erfahren. Diese Entwicklung wurde begleitet von der Entstehung einer Vielzahl neuartiger kreditrisikotragender Finanzinstrumente. Die aktuelle Kreditkrise wirft jedoch die Frage nach der systematischen Werthaltigkeit einer Vielzahl dieser Transaktionen auf. Die weltwirtschaftliche Tragweite der Kreditkrise lässt dabei einer kritischen Untersuchung von Möglichkeiten der Kreditrisikosteuerung und des Credit-Portfolio-Managements eine besondere Bedeutung für Theorie und Praxis zukommen.

Das vorliegende Werk untersucht das systematische Wertpotenzial des Transfers der Kreditrisiken großer Kreditversicherungsportfolios. Als Instrumente des Risikotransfers werden Makroderivate bezüglich makroökonomischer Konjunkturindikatoren verwendet. Die Werthaltigkeit des Transfers wird anhand einer langen und in Bezug auf den betrachteten Anteil am weltweiten Kreditversicherungsmarkt umfassenden Versicherungshistorie empirisch überprüft. Die genutzten optionspreistheoretischen Ansätze berücksichtigen bei der Bewertung der Transferinstrumente die Unvollständigkeit des Kapitalmarkts und Besonderheiten der Wertentwicklung von Konjunkturindikatoren. Die Messung der Wertschaffung der Kreditversicherungsportfolios und des Risikotransfers erfolgt über risikoadjustierte Renditekennzahlen und Risikokapitalmaße. Die Untersuchung zeigt, dass ein Kreditrisikotransfer auf Basis von Makroderivaten geeignet ist, die Profitabilität der betrachteten Kreditversicherungsportfolios zu erhöhen. Jedoch werden auch die Beschränkungen eines solchen Risikotransfers deutlich.

Diller, Martin: Die Berufshaftpflichtversicherung für Rechtsanwälte. AVB – RSW Kommentar, Gelbe Kommentare, Verlag C. H. Beck oHG, München, 2009, XXVII, 504 Seiten.

Die vorliegende Kommentierung orientiert sich am Text des von der Allianz verwendeten Bedingungswerks AVB-RSW 2008 (nach Einarbeitung der VVG-Novelle 2008). Dieses entspricht fast vollständig dem Bedingungswerk anderer großer Versicherer wie HDI/Gerling, AXA und Victoria; auf Abweichungen wird jeweils hingewiesen. Um die Bearbeitung von Altfällen zu erleichtern, ist im Anhang der Text der

bisherigen AVB-RSW 2005 sowie eine synoptische Gegenüberstellung der neuen und der bisherigen AVB-RSW abgedruckt. Der Anhang enthält außerdem die – nicht weiter kommentierten – Texte der besonderen Risikobeschreibungen (BBR) für Steuerberater (BBR-S) und Wirtschaftsprüfer (BBR-W) sowie den Text der wichtigsten einschlägigen VVG-Vorschriften. Das Werk bezieht die VVG-Novelle 2008 vollständig ein.

Edelbacher, Maximilian; Theil, Michael: Kriminalität gegen Versicherungen. Linde Verlag Wien GmbH, Wien, 2008, 135 Seiten.

Demokratien funktionieren nur, wenn das gegenseitige Vertrauen und der Solidaritätsgedanke geachtet, respektiert und gelebt werden. Wirtschaftskriminalität stört oder zerstört ein solches System. Obwohl durch Versicherungsbetrug oft viel mehr Schaden als durch traditionelle kriminelle Handlungen wie Raub und Einbruch verursacht werden, wird dieser oftmals noch immer als „Kavaliersdelikt“ angesehen und dieses Phänomen gesellschaftlich in Kauf genommen. Da zu diesem Thema kein aktuelles Lehrbuch vorlag, haben die Autoren den Entschluss gefasst und umgesetzt, ein Kompendium zu schaffen, das sich mit verschiedenen Aspekten der Kriminalität gegen Versicherungen befasst.

Eekhoff, Johann; Bünnagel, Vera; Kochskämper, Susanna; Menzel, Kai: Bürgerprivatversicherung. Ein neuer Weg für das Gesundheitswesen, 1. Auflage, Mohr Siebeck, Tübingen, 2008, 240 Seiten.

Die jüngste Gesundheitsreform hat die bestehenden Probleme nicht gelöst. Die Finanzierungsfrage wird sich schon bald wieder stellen. Die Umverteilungswirkungen lassen sich nicht mehr rechtfertigen. Die Kosten der Gesundheitsleistungen sind zu hoch. Sie werden teilweise auf künftige Generationen verlagert. Die von den Autoren vorgestellte Bürgerprivatversicherung ermöglicht nachhaltige Verbesserungen: hochwertige Gesundheitsleistungen für alle Bürger, Eigenverantwortung von Patienten und Leistungserbringern, gerechte Umverteilung, Stabilität bei demografischen Veränderungen und Freizügigkeit in Europa. Sie ist als kapitalgedeckte Versicherung konzipiert, die alle Bürger umfasst. Die Zweiteilung in gesetzliche und private Versicherungen entfällt. Die Umverteilung wird aus der Krankenversicherung ausgegliedert. Wer die Kosten für eine Mindestversicherung nicht zahlen kann, erhält einen Zuschuss aus öffentlichen Mitteln. Die Bürgerprivatversicherung weist Ähnlichkeiten zur bestehenden privaten Krankenversicherung auf. Der entscheidende Unterschied ist, dass individuelle Altersrückstellungen gebildet werden, die umso höher sind, je größer das Gesundheitsrisiko ist. Die Rückstellungen werden beim Wechsel der Versicherung übertragen. Dadurch können auch ältere und gesundheitlich belastete Versicherte ohne Prämienzuschlag wechseln. Der Wettbewerb wird gestärkt. Der Wechsel in der gesetzlichen Krankenversicherung vom Umlagesystem zum Kapitaldeckungssystem kann ohne höhere Kosten für die Übergangsgeneration vollzogen werden. Mit einer Bürgerprivatversicherung lassen sich die demografischen Probleme begrenzen.

Fenyves, Attila; Koban, Klaus G. (Hrsg.): Österreichisches Versicherungsrecht. Allgemeine Versicherungsbedingungen, 4., überarbeitete und aktualisierte Auflage, LexisNexis Verlag ARD Orac GmbH & Co. KG, Wien, 2008, XVIII und 722 Seiten.

Das österreichische Versicherungsrecht unterliegt laufenden Veränderungen, wodurch es für den mit der Materie befassten Praktiker mitunter nur schwer möglich ist, den Überblick zu bewahren. Das vorliegende Werk bietet einen aktuellen und umfassenden Überblick über alle genormten Versicherungsprodukte in Österreich. Die vierte Auflage enthält alle Musterbedingungen, die bis zum Stichtag 1.7.2008 entstanden sind. Dort, wo es keine Musterbedingungen gibt, wird eine repräsentative Auswahl von Allgemeinen Versicherungsbedingungen geboten, die noch von der Versicherungsaufsichtsbehörde genehmigt wurden.

Frach, Lotte: Finanzaufsicht in Deutschland und Großbritannien. Die BaFin und die FSA im Spannungsfeld der Politik, VS Verlag für Sozialwissenschaften – GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, 2008, 160 Seiten.

Großbritannien beschloss im Jahr 1997 seine Banken-, Versicherungs- und Wertpapieraufsicht zusammenzulegen und schuf mit der Financial Services Authority (FSA) eine neue Form der Finanzaufsicht. Seit 2002 wird nun auch der deutsche Finanzmarkt von einer Allfinanzaufsicht, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), kontrolliert. Die Autorin zeichnet in dem vorliegenden Band die politische Entscheidung für die Aufsichtsreform nach und zeigt, wie sich die Behörde BaFin in Aufbau und Arbeitsweise von der FSA unterscheidet. Darüber hinaus gewährt sie Einblick in die nationale Finanzmarktpolitik und analysiert die Beziehungen der BaFin und der FSA zu Finanzministerium, Zentralbank und Marktteilnehmern.

Gerlinger, Thomas; Röber, Michaela: Die Pflegeversicherung. Verlag Hans Huber, Hogrefe AG, Bern, 2009, 168 Seiten, mit 5 Abbildungen und 20 Tabellen.

Die Pflegeversicherung soll das Risiko der Pflegebedürftigkeit eigenständig absichern. Sie steht einerseits in der Tradition des deutschen Sozialversicherungssystems, weist andererseits aber einige Besonderheiten auf, die sie gerade von ihrer nächsten Verwandten, der Krankenversicherung, unterscheiden. Dazu zählt insbesondere ihre explizit subsidiäre Ausrichtung: Die Pflegeversicherung orientiert sich am Modell einer Grundsicherung, nicht am Bedarfsprinzip, und soll primär die Pflege durch Angehörige unterstützen.

Seit ihrer Gründung hat die Pflegeversicherung zum Ausbau der Pflegeinfrastruktur in Deutschland beigetragen. In vielen Fällen hat sie die finanziellen Zwänge für die Betroffenen sowie die psychischen Belastungen familiärer Pflege verringert. Dennoch sind gravierende Probleme unübersehbar. Ein erheblicher Teil der Pflegebedürftigen ist nach wie vor von der Sozialhilfe abhängig. Die Leistungen der Pflegeversicherung haben seit ihrer Einführung einen erheblichen Kaufkraftverlust erlitten, und der Kreis

der Leistungsempfänger wird durch einen engen Pflegebedürftigkeitsbegriff eingeschränkt. Nicht zuletzt sind Qualitätsmängel in der Pflege nach wie vor weit verbreitet. Die Reformen der vergangenen Jahre haben vereinzelte Verbesserungen gebracht, aber die grundsätzlichen Konstruktionsmängel der Pflegeversicherung nicht behoben.

Das vorliegende Buch führt in die Grundlagen der Pflegeversicherung ein. Es erklärt ihre Leistungen, Organisation und Finanzierung sowie die Versorgungsstrukturen und die Steuerungsprobleme in diesem Zweig der sozialen Sicherung. Darüber hinaus werden ausgewählte Entwicklungsprobleme und mögliche Handlungsansätze für ihre Weiterentwicklung erörtert. Die Darstellung berücksichtigt die wichtigsten Veränderungen durch die Pflegeversicherungsreform 2008.

Guthier, Markus: Präferenzmessung bei Kfz-Kaskoversicherungen. Entscheidungsmodelle und deren Prognosegüte im Vergleich, Schriftenreihe der Forschungsgruppe Konsum und Verhalten, Gabler – GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden, 2008, XXV und 287 Seiten, mit 59 Abbildungen und 66 Tabellen.

Dem intensiven Wettbewerb auf dem Kfz-Versicherungsmarkt zum Trotz bestehen bisher nur wenige fundierte Erkenntnisse zum Präferenz- und Entscheidungsverhalten von Kfz-Kaskoversicherungsnehmern, die Versicherungsunternehmen eine konsequente und differenzierte Ausrichtung an den unterschiedlichen Kundenbedürfnissen ermöglichen würden. Der Autor untersucht in dem vorliegenden Werk mit der Erwartungsnutzentheorie, der Cumulative-Prospect-Theorie und der Conjoint-Analyse drei Entscheidungsmodelle, mit denen sich das Präferenz- und Entscheidungsverhalten von Kfz-Versicherungsnehmern abbilden lässt. Er erhebt in seiner empirischen Analyse Kfz-Kaskoversicherungsentscheidungen, schätzt die Entscheidungsmodelle auf individueller Ebene und vergleicht deren Prognosegüte. Eine präferenzbasierte Segmentierung zeigt, dass unterschiedliche Kundensegmente existieren und sich daraus Implikationen für das Marketing ableiten.

Haybäck, Gerwin: Verbraucherschutzmodelle für ein faires Vertragsrecht. Mit 21 Abbildern von Reinhold Brandstätter, Reihe Austria: Forschung und Wissenschaft – Rechtswissenschaft, Band 2, LIT Verlag GmbH & Co. KG, Wien, 2008, 504 Seiten.

Verbraucherschutzmodelle dienen der Begründung eines Schwächerenschutzes. Die vorliegende Arbeit untersucht und systematisiert unterschiedliche Strömungen des Verbraucherschutzes im Vertragsrecht. Ausgangspunkt ist das Phänomen des Marktversagens. Dazu tritt der Verbraucher keineswegs souverän dem Marktgeschehen gegenüber. Deshalb bedürfen Kapitalismus und Marktwirtschaft ethischer Rückbindung und rechtlicher Kontrolle. Dem Informationsmodell und den radikal-alternativen Schutzansätzen wird quasi als Kompromiss das gemäßigte soziale Schutzmodell gegenübergestellt. Alle drei Modelle bedürfen der Ergänzung durch das europäische Verbraucherschutzmodell.

Hellberg, Nils; Orth, Markus; Sons, Jörg; Winter, Dietrich: Umweltschadensgesetz und Umweltschadensversicherung. Ein Handbuch für die Praxis, Verlag Versicherungswirtschaft GmbH, Karlsruhe, 2008, XXIII und 443 Seiten.

Mit dem am 14. November 2007 in Kraft getretenen Umweltschadensgesetz (USchadG) wurde die europäische Richtlinie über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden (UH-RL) in deutsches Recht umgesetzt. Damit erweitert sich die Haftung von Unternehmen, Gewerbetreibenden, Landwirten, Handwerkern, Freiberuflern und sämtlichen Mitarbeitern um eine neue öffentlich-rechtliche Komponente und schafft Bedarf für darauf abgestimmten Versicherungsschutz.

Dargestellt und erläutert werden in dem vorliegenden Band: öffentlich-rechtliche, privatrechtliche und strafrechtliche Vorschriften vor Inkrafttreten des USchadG (u. a. zum Bodenschutzrecht); die UH-RL und das USchadG; die Versicherbarkeit der neuen Haftungsrisiken und im Markt etablierte Versicherungskonzepte; die Umweltschadensversicherung mit Musterversicherungsbedingungen (Muster-USV) des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV); Fakten zur Biodiversität sowie Ansätze zur Risikoermittlung und -bewertung.

Herbert, Sibylle: Diagnose: unbezahlbar. Aus der Praxis der Zweiklassenmedizin, Verlag Kiepenheuer & Witsch GmbH & Co. KG, Köln, 2008, 352 Seiten.

Die Autorin bricht in ihrem nun auch als Taschenbuchausgabe vorliegenden Werk ein Tabu. Sie spricht aus, was niemand zu sagen wagt: Medizin ist ein knappes Gut, zu dem längst nicht mehr jeder Zugang hat. Opfer ist der Patient, der eine optimale Behandlung erwartet, aber sie nicht immer erhält.

Eine Frau, 78 Jahre alt, hat Lungenkrebs. Ein neues Medikament könnte ein Jahr Überleben bringen. Die Kasse lehnt die Übernahme der Kosten ab. Knochenschwund-Untersuchungen zahlt inzwischen der Patient selbst. Krankengymnastik hilft Rheumapatienten. Aber das Budget des Arztes ist begrenzt. Ein teureres Schmerzmittel bringt chronisch Kranken Linderung. Dem Arzt droht die Zahlung aus der eigenen Tasche. Krankenhäuser schicken Kranke zu früh nach Hause, empfehlen teure Medikamente und verlagern die Ausgaben in die Praxen. Bestimmte Untersuchungen, Medikamente und Therapien sind für gesetzlich Versicherte längst tabu. In Facharztpraxen und Krankenhäusern sind Privatpatienten willkommen, Kassenpatienten werden oft vertröstet oder gar nicht mehr angenommen. Dabei werden Politiker nicht müde zu beteuern: „Jeder bekommt die Versorgung, die medizinisch ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich ist.“ Doch wer entscheidet das? Und nach welchen Kriterien?

Sibylle Herbert hat Ärzte in ihrem Alltag begleitet und Kassenvertreter mit diesen Praxisgeschichten konfrontiert. Das Ergebnis ihrer Recherchen: Die medizinische Entwicklung macht rasante Fortschritte, die Kosten explodieren, aber die Mittel sind begrenzt. Das Opfer ist der Patient.

Hollenborg, Ingo: Berufsunfähigkeit Selbständiger im Rahmen der Berufsunfähigkeitsversicherung. Unter besonderer Berücksichtigung der Betriebsumorganisationspflicht, Versicherungsrechtliche Studien, Band 78, Peter Lang GmbH, Frankfurt am Main, 2009, XXVIII und 182 Seiten.

Da Selbstständige aufgrund ihres Direktionsrechts selbst entscheiden können, welche Tätigkeiten sie in ihrem Betrieb übernehmen, stellt die Beurteilung ihrer Berufsunfähigkeit im Rahmen der Berufsunfähigkeitsversicherung eine besondere Schwierigkeit dar. Hauptproblem ist dabei die Zumutbarkeit einer Betriebsumorganisation. Der Autor hat sich daher zur Aufgabe gestellt, Rechtsprobleme, die sich aus der Betriebsumorganisationspflicht ergeben, unter Berücksichtigung der unternehmensindividuellen Ausgestaltung von Bedingungswerken sowie der aktuellen Rechtsprechung und Forschung umfassend zu untersuchen und einer praxisgerechten Lösung zuzuführen. Dabei werden neue Wege aufgezeigt sowie Verbesserungsvorschläge zur Bestimmung von konkreten Zumutbarkeitskriterien geliefert und anhand von Beispielfällen greifbar gemacht.

Kaas, Rob; Goovaerts, Marc; Dhaene, Jan; Denuit, Michel: Modern Actuarial Risk Theory. Using R, Second Edition, Springer-Verlag GmbH, Berlin und Heidelberg, 2008, XVIII und 381 Seiten, mit 28 Abbildungen.

This book contains what every actuary needs to know about non-life insurance mathematics. It starts with the standard material like utility theory, individual and collective model and basic ruin theory. Other topics are risk measures and premium principles, bonus-malus systems, ordering of risks, and credibility theory. It also contains some chapters about Generalized Linear Models, applied to rating and IBNR problems. As to the level of the mathematics, the book would fit in a bachelors or masters program in quantitative economics or mathematical statistics.

This second and much expanded edition emphasizes the implementation of these techniques through the use of R. This free but incredibly powerful software is rapidly developing into the de facto standard for statistical computation, not just in academic circles but also in practice. With R, one can do simulations, find maximum likelihood estimators, compute distributions by inverting transforms, and much more.

Keller, Annett: Applying robust scale M-estimators to compute credibility premiums in the large claim case. Logos Verlag Berlin GmbH, Berlin, 2008, IX und 121 Seiten.

An important branch in insurance mathematics is the pricing of possible large claims that are either the results of many small claims occurring at once or that are caused by single events.

A premium calculation principle that emphasises the structure of an insurance portfolio is the so called credibility premium. The credibility premium is a convex com-

bination of the class mean, representing the insurance portfolio's general behaviour and the individual mean. The latter takes into account the individual claim history of the risks subsumed in the portfolio.

The insurer calculating the premium does not necessarily need to know the claim amount distribution, even though she has to make some assumptions.

In this thesis an insurance portfolio of N risks – then called risk classes – is considered. It is assumed that each of the risks typically causes a small claim amount during an insurance period. But once in a while, the risks may produce large claim amounts due to a contamination of the small claim amount distribution function. For such models to calculate an insurance premium, the credibility approach can be applied combined with methods from robust statistics. In that case, both the claim amounts and the insurance premiums are separated into ordinary and extreme parts. The premium for the ordinary part is determined by applying the credibility principle. We assume the claim amount distribution function of risk i , $i = 1, \dots, N$ to be $\text{Gamma}(\alpha, \theta_i)$ with risk parameter θ_i , being a random variable itself. The distribution function of the independent risk parameters θ_i is known. The rare, large claim amounts originate from a contamination of the claim amount distribution function $\text{Gamma}(\alpha, \theta_i)$. Thus, we will introduce robust estimators. Determining the premium of the extreme part, the mean excess function is going to be used.

After a brief introduction of concepts in robust statistics, such as robust M -estimators and influence functions, we will define two robust scale M -estimators with respect to our data model, both of them depending on parameters a and b . We also discuss the question of choosing optimal values for a and b .

Besides we are going to compute the influence functions, gross errors and finite sample breakdown points for these estimators. It is also proved that the two estimators are asymptotically normally distributed.

The thesis is completed by a simulation study. We analyse the sensitivity of the robust scale M -estimators towards different choices of a and b , as well as changing sample sizes and possible occurrences of large claims. The simulation will show that for reasonable choices of a and b , the robust estimators can bear the comparison with the median, which is known as the most robust estimator. As well, we will estimate the credibility premiums for an insurance portfolio consisting of 25 risk classes and discuss the circumstances, when an actuary should apply the robust credibility approach.

Klauber, Jürgen; Robra, Bernt-Peter; Schellschmidt, Henner (Hrsg.): Krankenhaus-Report 2008/2009. Schwerpunkt: Versorgungszentren, Schattauer GmbH, Stuttgart, 2009, XX und 457 Seiten, mit 87 Abbildungen und 75 Tabellen.

In den vergangenen Jahren hat sich der gesetzliche Rahmen, innerhalb dessen die Krankenhäuser operieren, deutlich verändert. Die Einführung eines Preissystems mit G-DRGs und der Abbau von Überkapazitäten sorgen für zunehmenden Wettbewerb auf dem Krankenhausmarkt. Hinzugekommen sind neue Möglichkeiten des Marktauftritts an der Schnittstelle zwischen ambulantem und stationärem Sektor.

Die Kliniken nutzen den veränderten Rahmen, um eigenständige unternehmerische Konzepte zu entwickeln. Der Trend geht zu Versorgungszentren, die eine Brücke zwischen dem ambulanten und dem stationären Sektor schlagen und fachübergreifende Kooperationen stärken. Von besonderem Interesse sind hier jene Versorgungszentren, die Veränderungen in den Versorgungsformen und -inhalten anstreben. Auch vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft und den Bemühungen, eine qualitativ hochwertige und umfassende medizinische Versorgung in ländlichen Gebieten aufrechtzuerhalten, sind diese Entwicklungen interessant. Der Krankenhaus-Report 2008/09 beleuchtet diesen Prozess mit seinen Möglichkeiten, Problemen und Perspektiven umfassend.

Klaue, Siegfried; Schwintowski, Hans-Peter: Grenzen der Zulässigkeit von Wahlтарifen und Zusatzversicherungen in der gesetzlichen Krankenversicherung. Springer-Verlag GmbH, Berlin und Heidelberg, 2008, X und 122 Seiten.

Das vorliegende Werk ist ein Beitrag zu der breit diskutierten Frage nach mehr Wettbewerb innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und zwischen den Unternehmen der privaten Krankenversicherung und denen der GKV. Im Mittelpunkt steht der Vorrang des europäischen Gemeinschaftsrechts vor dem nationalen Recht, hier der sozialrechtlichen Rahmenordnung. Darf der deutsche Gesetzgeber bei der Neuordnung oder Fortschreibung der nationalen sozialrechtlichen Rahmenordnung die Grundsätze des EU-Vertrages außer Acht lassen? Wie überlagert europäisches Recht die der deutschen GKV gewährten Handlungsspielräume? Inwieweit bindet das europäische Recht deutsche Rechtsanwender bei der Auslegung und Durchsetzung der Normen der deutschen sozialrechtlichen Rahmenordnung?

Kremer, Erhard: Einführung in die Risikotheorie des Stoploss-Vertrags. Der Andere Verlag, Tönning u. a., 2008, 94 Seiten.

Das vorliegende Buch bietet eine hochtechnische, mathematische Einführung in die mathematische Stochastik des Stoploss-Vertrags, einem der prominentesten Verträge der Rückversicherungspraxis. Es ergänzt praktisch ein früheres Werk des Autors zur mathematischen Stochastik von Verallgemeinerungen der Schadenexzedenten- und Höchstschaden-Rückversicherungsverträge. Beide Texte, zusammengekommen, ergeben eine geschlossene Einführung in die Risikotheorie der sogenannten nichtproportionalen Rückversicherung. Die wichtigsten Kapitel des neuen Werks sind eine kurze Einführung in die stochastische Theorie des Gesamtschadens eines Kollektivs von Risiken und eine prägnante Darstellung der bedeutendsten stochastischen As-

pekte der Nettoprämie eines Stoploss-Vertrags. Der Stil des Textes ist bewusst nicht praxis-, sondern theorieorientiert.

Kruse, Julia: Die vorvertragliche Anzeigepflicht in der Reform des Versicherungsvertragsgesetzes. Schriften zum Versicherungs-, Haftungs- und Schadensrecht, Band 20, Verlag Dr. Kovac, Hamburg, 2008, XX und 256 Seiten.

Seit dem 1. Januar 2008 gelten die Änderungen des VVG für neu abgeschlossene Versicherungsverträge. Gerade die vorvertragliche Anzeigepflicht hat durch die Reform erhebliche Änderungen erfahren, mit denen sich die Autorin beschäftigt. Es werden alte und neue Regelungen verglichen, gegenübergestellt und einer kritischen Würdigung unterzogen. Die Verfasserin behandelt hierbei den Abschlussbericht der Kommission, den Referenten- und den Regierungsentwurf. Literatur und Rechtsprechung wurden bis Ende 2006 berücksichtigt.

Kürvers, Sven: Betriebliche Altersversorgung in Deutschland und den USA im Rechtsvergleich. Unverfallbarkeit, Portabilität und Unisex-Tarife, Bonner Schriften zum deutschen und europäischen Recht der Arbeit und der Sozialen Sicherheit, Band 1, Peter Lang GmbH, Internationaler Verlag der Wissenschaften, Frankfurt a. M., 2008, 268 Seiten.

Als dritte Säule neben der staatlichen Rentenversicherung und der privaten Vorsorge gewinnt die betriebliche Altersversorgung als Einkommensquelle im Alter zunehmend an Bedeutung. Sie ist wichtig für den Arbeitnehmer, aber kostspielig für die Unternehmen – die betriebliche Altersversorgung gilt als die teuerste betriebliche Zusatzleistung. Die Arbeit greift drei Themenbereiche der betrieblichen Altersversorgung auf, die von großer praktischer Relevanz sind und betrachtet sie rechtsvergleichend: Neben der Unverfallbarkeit betrieblicher Rentenanwartschaften wird deren Mitnahmemöglichkeit bei einem Arbeitgeberwechsel (Portabilität) thematisiert, schließlich wird auf die Frage eingegangen, ob aufgrund des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) eine einheitliche Berechnung der Rentenversicherungstarife von Männern und Frauen (Unisex-Tarife) geboten ist. Aus dem Inhalt: Betriebliche Altersversorgung – Regelungen des Employee Retirement Income Security Act – Unverfallbarkeit und Portabilität betrieblicher Rentenanwartschaften in Deutschland und den USA – Portabilitätsrichtlinie der Kommission – Unisex-Tarife in Deutschland und den USA – Auswirkungen des AGG auf die betriebliche Altersversorgung.

Langner, Torsten: Komplexitätsmanagement der IT-Infrastruktur bei Banken und Versicherungen. Ein modellbasierter Ansatz zur Lösung komplexitätsbedingter Entscheidungsprobleme in der Infrastrukturarchitektur der Finanzdienstleistungsinformatik, VDM Verlag Dr. Müller AG & Co. KG, Saarbrücken, 2008, 361 Seiten.

Die IT-Infrastruktur hat in nahezu allen Unternehmen in den letzten Jahren an Umfang und Komplexität zugenommen. Infolge der unüberschaubaren Vielzahl an Hardware- und Softwarekomponenten unterschiedlicher Hersteller und dem teilweise schlecht koordinierten Einkaufsverhalten einzelner Unternehmensbereiche werden Entscheidungen über die Beschaffung bzw. den Einsatz von IT-Komponenten häufig suboptimal getroffen. Wissenschaftliche Untersuchungen, die Entstehung und Beherrschung der Komplexität von IT-Infrastruktur behandeln, sind kaum zu finden, obwohl ein großer Bedarf in der Praxis besteht.

Der Autor widmet sich dem in Theorie und Praxis gleichermaßen bedeutsamen Thema am Beispiel der Finanzdienstleistungsbranche, für die IT einen wesentlichen Erfolgsfaktor im Wettbewerb darstellt. Er präsentiert in der vorliegenden Arbeit einen umfassenden methodischen Ansatz zum IT-Infrastrukturmanagement, der weit über existierende Ansätze hinausgeht. Sein Ansatz ist dabei nicht nur theoretisch fundiert und gut begründet, sondern gleichermaßen praxiserprobt und erfolgreich.

Marko, Volker: Private Krankenversicherung nach GKV-WSG und VVG-Reform. Verlag C. H. Beck oHG, München, 2009, XX und 204 Seiten.

Das vorliegende neue Handbuch gibt einen Überblick über die wesentlichen Neuregelungen des Rechts der Krankenversicherung durch die VVG-Reform 2008 und die Gesundheitsreform. Ausführlich erläutert sind die PKV-relevanten Änderungen des Versicherungsvertrags- und Versicherungsaufsichtsrechts sowie des Sozialrechts im Rahmen des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes (GKV-WSG) und deren Auswirkungen auf den Wettbewerb zwischen der privaten Krankenversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung. Der Autor beantwortet gut verständlich die dadurch entstehenden Rechtsfragen, u. a. zu der Einführung einer allgemeinen Pflicht zur Versicherung, der Einführung und Ausgestaltung eines brancheneinheitlichen Basisstarifs mit Kontrahierungszwang, der Neuregelung des Tarifwechselrechts und Mitgabe des Übertragungswerts, den Informations- und Beratungspflichten des Versicherers im Zusammenhang mit dem Wechselhalbjahr 2009 sowie den verfassungsrechtlichen Aspekten der Einführung des Basisstarifs.

Meschkat, Norbert; Nauert, Ralf (Hrsg.): Betrug in der Kraftfahrzeugversicherung. Luchterhand – eine Marke von Wolters Kluwer Deutschland GmbH, Köln, 2008, XXV und 440 Seiten.

Das vorliegende Buch bietet einen Einblick in die relevanten Themenkreise und dem Schadenbearbeiter eine Referenz als Nachschlagewerk. Betrachtet werden die Rechtsprechung in Betrugssachen sowie prozessuale Besonderheiten. Neben dem Kfz-Haftpflicht-Betrug wird auch der Kasko-Betrug behandelt. In einem weiteren Kapitel folgen technische Ausführungen, u. a. zur Kompatibilität und Plausibilität von Unfallschäden und -geschehen. Ebenso finden sich Ausführungen zu Schlüsselgutachten und neueren technischen Möglichkeiten bei elektronischen

Assistenzsystemen in der Betrugsermittlung. Abgerundet wird das Buch durch die Darstellung der aktuellen Rechtsprechung zur Kostenerstattung in Betrugsverfahren sowie Arbeitshilfen, Materialien und Verweise im Anhang.

Müller, Holger: Insurance Guarantee Schemes. Entwicklung eines Insolvenzversicherungssystems für die Kunden von Lebensversicherern auf Basis einer kritischen Analyse international bestehender Systeme, Schriftenreihe des zeb, Band 52, Verlag Fritz Knapp GmbH, Frankfurt am Main, 2008, XXIX und 310 Seiten.

Die Entstehungsgeschichte der vorliegenden Arbeit ist eng verbunden mit der angespannten wirtschaftlichen Lage, in der sich die deutsche Versicherungswirtschaft nach dem massiven weltweiten Einbruch der Aktienkurse in den Jahren 2000 bis 2003 befand. Im Gegensatz zur Bankenbranche, in der für Zusammenbrüche einzelner Unternehmen schon seit vielen Jahren in den meisten Industriestaaten gesetzlich verankerte Einlagensicherungssysteme etabliert sind, gab es zum damaligen Zeitpunkt in Deutschland keine derartige, die Interessen der Versicherungsnehmer schützende Einrichtung. In anderen Ländern war die Entwicklung zum damaligen Zeitpunkt schon deutlich weiter fortgeschritten.

Der Verfasser greift diese Lücke auf und hat es sich folgerichtig in seiner Dissertation zur Aufgabe gemacht, die zum Zeitpunkt der Erstellung in sieben Staaten weltweit bestehenden Erfahrungen mit der Ausgestaltung dieser im Rahmen der Arbeit als Insurance Guarantee Schemes (IGS) bezeichneten Schutzsysteme für die Kunden von Lebensversicherungen zusammenzutragen und die Ausprägungen der einzelnen Systeme kritisch miteinander zu vergleichen, sowie schlussendlich auch zu bewerten. Hierauf aufbauend entwickelt der Autor unter Zuhilfenahme der Daten des deutschen Lebensversicherungsmarktes einen umsetzungsorientierten Vorschlag für ein verbessertes deutsches Schutzsystem. Ein zentrales Element dieses Vorschlags ist dabei die Einführung einer risikoadjustierten Beitragserhebung, wodurch Quersubventionierungen zwischen den Mitgliedsunternehmen verhindert werden sollen. Dazu entwickelt der Verfasser ein Zwei-Konten-Modell, bei dem jedes Unternehmen individuell in Abhängigkeit des eigenen Risikos Einzahlungen zur Deckung des erwarteten Schadens vornimmt. Darüber hinaus ist eine an der Unternehmensgröße bemessene Abgabe zu entrichten, die in einer separaten Großschadensreserve anzusammeln ist. Mit dieser innovativen Lösung, die in vergleichbarer Form in der Literatur bisher nicht vorgestellt wurde, betritt der Verfasser weitgehend Neuland.

Neuhaus, Kai-Jochen: Berufsunfähigkeitsversicherung. 2., völlig neu bearbeitete Auflage des von W. Voit begründeten Werkes, C. H. Beck oHG, München, 2009, XXII und 690 Seiten, mit zahlreichen Abbildungen und Tabellen.

Die vorliegende 2. Auflage des Standardwerks zur Berufsunfähigkeitsversicherung berücksichtigt die Reform des VVG, das das Recht der Berufsunfähigkeitsversicherung in den Paragraphen 172 bis 177 nun erstmals gesetzlich regelt. Da altes Ver-

sicherungsrecht für eine Übergangszeit weiter gilt und sich das neue Recht auf die millionenfachen Altverträge nur begrenzt auswirkt, werden alle praxisrelevanten Änderungen für Alt- und Neuversicherungen dargestellt. Auch das neue Vermittlerrecht, das enorme Folgen für den Vertrieb von Berufsunfähigkeitsversicherungen hat, ist einschließlich der neuen Vermittlerhaftung eingearbeitet.

Besonderes Gewicht wurde auf die vollständige Erfassung der obergerichtlichen Rechtsprechung seit der Voraufgabe gelegt, da diese beständig zugenommen hat. So wird z. B. auch die beachtliche neue Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Schweigepflichtsentbindung dargestellt. Ausführlich berücksichtigt ist auch die AGB-Kontrolle formularvertraglicher Klauseln, da diese im Versicherungsrecht immer mehr an Bedeutung gewinnt. Die aktuellen Musterbedingungen des GDV zur Berufsunfähigkeitsversicherung anlässlich der VVG-Reform sind eingearbeitet und werden früheren Bedingungen gegenübergestellt. Dargestellt wird auch das neue Recht der Lebensversicherung, da die Berufsunfähigkeitsversicherung oft als Zusatzvertrag vertrieben wird, der auf den ALB basiert.

Die Neuauflage bietet einen Überblick über die sachlichen und rechtlichen Probleme, die sich beim Vertrieb der Berufsunfähigkeitsversicherung, beim Versicherungsfall und bei einem eventuellen Rechtsstreit über die Leistungspflicht des Versicherers ergeben können. Ein Schwerpunkt liegt nicht nur in der Abwehr bzw. Durchsetzung aller damit zusammenhängender Ansprüche, sondern auch in der für Versicherungsunternehmen wichtigen Gestaltung der Bedingungen. Eingearbeitet sind deshalb auch für Praktiker wichtige Hilfen wie Rechtsprechungsübersichten, Checklisten und Schaubilder.

Oguz, Halime-Renk: Sozialpolitik und Arbeitslosenversicherung in der Türkei. Eine rechtsvergleichende Untersuchung, Bochumer Schriften zum Sozialrecht, Band 15, Peter Lang GmbH, Internationaler Verlag der Wissenschaften, Frankfurt a. M., 2008, 187 Seiten, mit 5 Abbildungen.

Die vorliegende Arbeit befasst sich zunächst mit der Entwicklung des Sozialrechts in der Türkei. Dabei wird insbesondere auf die Probleme im türkischen Sozialversicherungssystem und auf die Neueinführung der Arbeitslosenversicherung in der Türkei eingegangen. In diesem Zusammenhang wird im Vergleich zwischen der türkischen Arbeitslosenversicherung zu den anderen europäischen Arbeitslosenversicherungssystemen auf die Finanzierung der türkischen Arbeitslosenversicherung, die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld und die Dauer des Bezugs ausführlich Bezug genommen. Im Ergebnis werden Verbesserungsvorschläge unterbreitet.

Pohl, Philipp: Wertorientierte Steuerung von Versicherungsunternehmen mittels stochastischer Modelle. Hamburger Reihe B, Wirtschaftswissenschaft, Band 18, Verlag Versicherungswirtschaft GmbH, Karlsruhe, 2009, XIII und 131 Seiten.

Der vorliegende Band liefert eine Analyse quantitativer Methoden und Modelle zur wertorientierten Steuerung von Versicherungsunternehmen. Es werden einzelne Fragestellungen dahingehend untersucht, dass im Ergebnis das Konzept der wertorientierten Steuerung exemplarisch in ausgewählten Aspekten quantitativ fundiert wird.

Im ersten Kapitel wird die wertorientierte Steuerung von Lebensversicherungsunternehmen auf der Grundlage stochastischer Prozesse untersucht. Dabei werden die in die Unternehmensbewertung eingehenden ökonomischen Parameter, also insbesondere die Nettoverzinsung, die Kosten und das Sterblichkeitsrisiko, als stochastische Prozesse modelliert. Das zweite Kapitel gilt den für die wertorientierte Steuerung benötigten Eigenkapitalkosten. Der Cashflow, den das zu bewertende Unternehmen in der Zukunft erwirtschaftet, muss mit den risikoadjustierten Kapitalkosten diskontiert werden. Es soll eine Berechnungsmethode für die zur Diskontierung erforderlichen Eigenkapitalkosten vorgestellt werden. Das dritte Kapitel widmet sich der Implementierung der wertorientierten Steuerung im Unternehmen. Dabei soll analysiert werden, welchen Einfluss die Werteparameter einer Balanced Scorecard auf den Unternehmenswert haben. Das vierte Kapitel schließlich befasst sich mit der optimalen Prämienpolitik des Versicherungsunternehmens. Dieser Frage wird im Rahmen eines Modells nachgegangen, in dem sich ein risikoneutraler Versicherer einem Kontinuum von potenziellen, in ihrer Risikoeinstellung heterogenen Versicherungsnehmern gegenüberstellt.

Rehm, Rolf; Frömel, Dieter: Bauleistungsversicherung. ABN- und ABU-Kommentar, 3. Auflage, Gelbe Erläuterungsbücher, Verlag C. H. Beck oHG, München, 2009, XVI und 526 Seiten.

Die 2. Auflage des vorliegenden Kommentars stammt aus dem Jahr 1989, sodass eine Aufarbeitung der Veränderungen (u. a. die nach 1989 neu hinzugekommenen Klauseln) und Erkenntnisse der letzten 18 Jahre überfällig war. Eine Neuauflage zum jetzigen Zeitpunkt erschien auch insofern sinnvoll, als die Bedingungswerke für ABN und ABU im Rahmen der VVG-Reform zum 1.1.2008 einer kompletten Umstrukturierung bedurften. Die Kommentierung erfolgt auf der Grundlage der Musterbedingungen des GDV in der Fassung von 2008. Kommentiert werden die Allgemeinen Bedingungen für die Bauleistungsversicherung durch Auftraggeber (ABN) und die Allgemeinen Bedingungen für die Bauleistungsversicherung von Unternehmerleistungen (ABU) einschließlich der zugehörigen Klauseln.

Obwohl sich die Kommentierung auf die aktuellen Bedingungswerke 2008 bezieht, kann der Kommentar auch für die Beurteilung der Bedingungswerke von vor 2008 herangezogen werden, da die Kernpunkte der Bauleistungsversicherung nach wie vor dieselben sind. Im Sinne einer einfacheren Handhabung wurden die beiden Bedingungswerke getrennt kommentiert. Aufgrund der Tatsache, dass ein nicht unerheblicher Teil der Benutzer Nichtjuristen sind, wurde der Inhalt so gestaltet, dass er allgemein verständlich ist.

Roth, Markus: Private Altersvorsorge, Betriebsrentenrecht und individuelle Vorsorge. Eine rechtsvergleichende Gesamtschau, Beiträge zum ausländischen und internationalen Privatrecht, Band 88, Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Tübingen, 2009, LIV und 746 Seiten.

Der demographische Wandel und die Strukturprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung lassen eine Stärkung der privaten Altersvorsorge als geboten erscheinen. Eine rechtsvergleichend fundierte Aufarbeitung des diesbezüglichen deutschen Rechts fehlte jedoch bislang. Diese Lücke wird durch den vorliegenden Band mit seiner Gesamtschau des Rechts der individuellen Altersvorsorge sowie des Betriebsrentenrechts geschlossen. Aufbauend auf den Rechtsinstituten privater Vorsorge arbeitet der Autor allgemeine Schutzprinzipien heraus. Dabei bilden Garantien, Vertragsbeendigung und Mitsprache ein vorsorgerechtliches Schutzdreieck, das insbesondere durch Informationspflichten und das Leitbild eines treuepflichtig verwalteten Sondervermögens ausgeformt wird. Angewendet und konkretisiert werden die Schutzprinzipien privater Vorsorge bei der Darstellung des Altersvorsorgevertrags von seinem Abschluss bis zur Auszahlungsphase.

Die Gesamtschau des Betriebsrentenrechts und der individuellen Vorsorge zeichnet die Entwicklung des Rechts der privaten Vorsorge nach und bezieht interdisziplinär *behavioral economics* sowie rechtsvergleichend insbesondere die USA, das Vereinigte Königreich und die Schweiz mit ein. Behandelt werden in diesem Zusammenhang neben dem Betriebsrentenrecht das Versicherungs-, und Investmentrecht, aber auch *trusts* und Treuhand: *contractual trust arrangements* spielen im deutschen Betriebsrentenrecht bereits heute eine herausragende Rolle. Mit dieser Untersuchung legt der Verfasser die dogmatischen Grundlagen für die reine Beitragszusage. Er stellt die Informationspflichten der Institutionen privater Vorsorge auf eine gemeinsame Grundlage und entwickelt sie weiter.

Rüffer, Winfried; Halbach, Dirk; Schimikowski, Peter (Hrsg.): Versicherungsvertragsgesetz. Handkommentar, Nomos Verlagsgesellschaft mbH, Baden-Baden, 2008, 1728 Seiten.

Der vorliegende neue Handkommentar bietet eine profunde und praxisgerechte Kommentierung des neuen VVG. Die Autoren entwickeln dabei Lösungsmodelle für zahlreiche neu auftretende Fragestellungen aus der Praxis. Praktikable Leitlinien für die erstmals vom Gesetz geforderte quotalen Leistungskürzung liefert die Kommentierung des § 28 zur geregelten Verletzung einer vertraglichen Obliegenheit. Hoch aktuell und nützlich erläutern die Autoren zudem wichtige Musterversicherungsbedingungen, z. B. die AKB, VGB, VHB, AHB, ARB, BUZ, AUB, MBKK und MBKT in der jeweils aktuellen Fassung. Erstmals liefert das Werk außerdem eine eigenständige Kommentierung der VVG-Informationspflichtenverordnung. Diese behandelt umfassend unter anderem die für Versicherungsunternehmen brisanten Themen Kostenausweise und Produktinformationsblätter. Alle neuen Regelungen können durch Kurzsynopsen mit den Altregelungen verglichen werden. Eine klare Gliederung ermöglicht den schnellen Zugriff auf die jeweilige Problemstellung.

Schimikowski, Peter (Hrsg.): Versicherung, Recht und Schaden. Festschrift für Johannes Wälder zum 75. Geburtstag, C. H. Beck oHG, München, 2009, XX und 443 Seiten.

Themen der Aufsätze in der Festschrift für Johannes Wälder sind u. a.: Informationspflichten des Versicherers bei echten Gruppen- und Kollektivversicherungen, der Versicherungsfall in der Rechtsschutzversicherung, über das Wesen der Lebensversicherung, Standardisierung und Vereinheitlichung in der Krankenversicherung, Grundlagen der Kalkulation der Berufsunfähigkeitszusatzversicherung, Angst als Motiv in der Versichererwerbung, Prämienzahlung und Prämienzahlungsverzug nach dem neuen VVG, Verabschiedung des allgemeinen Bereicherungsverbots und der Vorerstreckung der Schadenabwendungsobliegenheit nach der VVG-Reform. Weitere Themen der Festschrift sind der Wiederherstellungs-Vorbehalt für Gebäude nach den aktuellen AVB, der Direktanspruch gegen den Kraftfahrthaftpflichtversicherer, ein neues Konzept für die Betriebsunterbrechungsversicherung, die Versicherungstechnik der Allgefahrenversicherung, das Umweltschadengesetz, Folgen der „Alpha-Klinik-Entscheidung“ für die Krankenversicherung, Compliance als neue Herausforderung für den Versicherungsvermittlerbetrieb und die Aufsicht über Erstversicherungsunternehmen.

Schwintowski, Hans-Peter; Rüffert, Thorsten: Recht der Altersvorsorge. Textsammlung, 2. Auflage, Schriften zur Rechtsbiometrik und zum Alterssicherungssystem, Band 1, Nomos Verlagsgesellschaft mbH, Baden-Baden, 2008, 527 Seiten.

Die vorliegende 2. Auflage der Textsammlung berücksichtigt das neue VVG und bringt das Werk auf den aktuellen Stand. Auf über 500 Seiten sind alle nationalen und europäischen Rechtsvorschriften zur Altersvorsorge – einschließlich wichtiger BMF-Schreiben – enthalten. Die Textsammlung richtet sich an alle diejenigen, die sich in Wissenschaft und Praxis mit den Fragen der gesetzlichen, betrieblichen oder privaten Altersvorsorge beschäftigen. Insbesondere für Behörden der gesetzlichen Rentenversicherungsträger, Betriebsräte, aber auch für interessierte Bürger stellt der Band ein gutes Hilfsmittel dar.

Trafkowski, Uwe: Kreditderivate und Versicherungsderivate als Risikotransferverträge. Schriftenreihe zum Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht, Band 25, Peter Lang GmbH, Frankfurt am Main, 2009, 336 Seiten, mit zahlreichen Tabellen und Grafiken.

Der Autor behandelt in der vorliegenden Arbeit innovative Finanzinstrumente zur Risikoübertragung über den Kapitalmarkt. Als Ausgangspunkt arbeitet er die besonderen ökonomischen und juristischen Charakteristika von Finanzinnovationen einerseits sowie der Begriffe Risiko und Risikoübertragung andererseits heraus. Über verschiedene bekannte Theorien zu sogenannten Risikoverträgen hinausgehend schlägt er den Allgemeintypus eines Risikotransfervertrages vor und weist nach, dass ver-

streute Vorschriften zu Derivaten und Versicherungen dieses Konzept implizit anerkennen. Im Folgenden zeigt der Autor, wie das Konzept des Risikotransfervertrages für die zivilrechtliche Einordnung sowie bei der insolvenz- und aufsichtsrechtlichen Behandlung von Kredit- und Versicherungsderivaten nutzbar gemacht werden kann.

Van Bühren, Hubert W. (Hrsg.): Handbuch Versicherungsrecht. 4. Auflage, Reihe AnwaltsPraxis, Deutscher Anwaltverlag & Institut der Anwaltschaft GmbH, Bonn, 2009, 2856 Seiten.

Das in Neuauflage vorliegende Handbuch ist Grundlage des Fachanwaltslehrgangs Versicherungsrecht der Deutschen Anwalt-Akademie (DAA). Es stellt umfassende Hilfen für die Bearbeitung versicherungsrechtlicher Fälle bereit. Die VVG-Reform und ihre Auswirkungen ab dem 1. Januar 2009 sind komplett eingearbeitet und erläutert. Gleichwohl hat das alte VVG für Versicherungsfälle, die vor diesem Stichtag eingetreten sind, nach wie vor Bedeutung und wird daher ebenfalls berücksichtigt. Experten erläutern praxisorientiert und aktuell alle Versicherungszweige. Im Anhang zu jedem die einzelnen Versicherungszweige behandelnden Kapitel finden sich Musterklagen, Checklisten, Fallbeispiele und die aktuellen Versicherungsbedingungen.

Vollgraf, Ingo Rainer: Voraussetzungen und Formen sozialer Umverteilung in der Sozialversicherung. Europäische Hochschulschriften, Reihe 2, Rechtswissenschaft, Band 4635, Peter Lang GmbH, Internationaler Verlag der Wissenschaften, Frankfurt a. M., 2008, XV, 179 Seiten.

Die gesellschaftliche Diskussion um marktmäßige Verteilung und eine diese korrigierende soziale Umverteilung ist in jüngster Zeit neu entflammt. In der Sozialversicherung führt eine steigende durchschnittliche Lebenserwartung zu höheren Kosten der medizinischen Versorgung und längeren Rentenbezugsperioden der Versicherten. Die Beiträge sind im Umlageverfahren von den aktuell Erwerbstätigen zu bestreiten, deren zahlenmäßiges Verhältnis zu den Leistungsempfängern aufgrund des demographischen Wandels immer ungünstiger wird. Der Ruf nach Lastengerechtigkeit und Transparenz sozialversicherungsrechtlichen Umverteils wird deshalb immer lauter. Das Äquivalenzprinzip erweist sich als ein taugliches Abgrenzungskriterium zwischen versicherungsmäßigem Risikoausgleich einerseits und sozialer Umverteilung andererseits. Eine klare sozialgesetzgeberische Zwecksetzung für die vielfältigen Formen intertemporaler und interpersoneller Umverteilung ist gleichwohl, nicht nur unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten, unabdingbar.

Weng, Andreas: Zulässigkeit und Durchführung grenzüberschreitender Verschmelzungen. Münsterische Beiträge zur Rechtswissenschaft, Band 187, Duncker & Humblot GmbH, Berlin, 2008, 423 Seiten, mit 2 Tabellen.

Im vorliegenden Band untersucht der Autor den neuen rechtlichen Rahmen für grenzüberschreitende Verschmelzungen. Den Schwerpunkt der Arbeit bildet die

Verschmelzung von Kapitalgesellschaften in der EU, aber auch Verschmelzungen unter Beteiligung von Personen- und Drittstaatengesellschaften werden analysiert. Unter umfassender Analyse des SEVIC-Urteils des EuGH wird die Bedeutung von Niederlassungs- und Kapitalverkehrsfreiheit für die Zulässigkeit grenzüberschreitender Verschmelzungen aufgezeigt. Die anschließende Erläuterung der Paragraphen 122a ff. UmwG sowie einiger Probleme des MgVG legt Stärken und Schwächen dieser Richtlinienumsetzung bloß. Ziel ist es, richtlinienkonforme Lösungen für sich künftig in der Praxis stellende Fragen zu finden. Abschließend wird die Durchführung grenzüberschreitender Verschmelzungen dargestellt, die nicht in den Anwendungsbereich der Paragraphen 122a ff. UmwG fallen.

Winkler, Jan; Diers, Dorothea; Horn, Oliver; Zwiesler, Hans-Joachim: Beiträge zu aktuellen Themen des Versicherungsmarktes. Schriftenreihe der SCOR Deutschland, Band 7, Verlag Versicherungswirtschaft GmbH, Karlsruhe, 2008, VII und 128 Seiten.

Der vorliegende neue Band aus der SCOR-Schriftenreihe enthält drei ausgewählte Artikel aus überlappenden Bereichen der aktuellen versicherungswissenschaftlichen Forschung.

Jan Winkler beleuchtet neue Gestaltungsmöglichkeiten bei Fragen der Ablösung von Schadenreserven im Sach- und Haftpflichtgeschäft. Die Arbeit, die am Institut für Versicherungswesen an der FH Köln erstellt wurde, zeigt, welche Möglichkeiten einer aktiven Gestaltung der Reservierungspolitik europäische Erst- und Rückversicherer bei Anwendung einer traditionellen englischen Rechtsprechung haben. Diese vom Grundsatz her juristische Arbeit kann wegen der Implikation auf betriebswirtschaftliche Entscheidungen als gutes Beispiel einer interdisziplinären Untersuchung angesehen werden.

Aspekte der rendite- und risikoorientierten Steuerung von Kompositversicherungsunternehmen untersucht Dr. Dorothea Diers. Diese praxisorientierte und eher quantitativ ausgerichtete Ausarbeitung beschreibt speziell den betriebswirtschaftlichen Effekt einer zielgerichteten Unternehmenssteuerung unter dem Primat des Risikomanagements.

Dr. Oliver Horn und Prof. Dr. Hans-Joachim Zwiesler vom Institut für Versicherungswissenschaften an der Universität zu Ulm betrachten in ihrem Beitrag schließlich die zum Teil sehr verschiedenen Auswirkungen von Risikomodellen je nach Ansatz diverser Managementregeln bzw. verschiedener Regeln zur Aktiv- und Passivsteuerung einer Versicherungsbilanz.

Zinnert, Mario: Recht und Praxis des Versicherungsmaklers. Verlag Versicherungswirtschaft GmbH, Karlsruhe, 2008, XVII und 1026 Seiten, mit CD-ROM.

Das vorliegende Werk behandelt die typischen Aufgabenstellungen des Versicherungsmaklers sowie die Abgrenzung zu den Versicherungsvertretern, berücksichtigt durchgängig das Gesetz zur Neuregelung des Versicherungsvermittlerrechts sowie die Versicherungsvermittlungsverordnung, erläutert umfassend das Recht der Courtage und der Maklerhaftung einschließlich Maßnahmen zur Haftungsprophylaxe, geht im Vergütungsrecht auf die jetzt zulässige Honorarberatung durch Versicherungsmakler ein, gibt richtungsweisende Empfehlungen für die Selbstorganisation des Maklers, geht auf wettbewerbsrechtliche Probleme ein, behandelt in einem besonderen Teil ausführlich bedeutsame Fragen des Maklerrechts und enthält in der Dokumentation wichtige Mustertexte (Maklervertrag, Vollmacht etc.) in gedruckter Form sowie auf CD-ROM.